

**Sehr geehrter Herr Gruber,
sehr geehrter Herr Dutt,
sehr geehrter Herr Camacho,
lieber Michael Ringier,
meine Damen und Herren!**

**Ich freue mich, dass so viele Gäste der
Einladung gefolgt sind. Der Erlös der
heutigen Veranstaltung fließt der Dariu
Foundation zu.**

**Die Arbeit dieser Stiftung ist vorbildlich.
Sie vergibt Mikrokredite – aus meiner
Sicht eines der effizientesten
Instrumente in der Entwicklungspolitik-,
sie finanziert Stipendien und baut
Schulhäuser.**

**Damit leistet die Stiftung einen Beitrag
zur nachhaltigen Entwicklung dieses
Landes. Ich danke Ihnen für Ihre
Unterstützung.**

Meine Damen und Herren,

gerne möchte ich heute Abend einige Anmerkungen machen zur aktuellen globalen Situation und zu den Herausforderungen, vor denen die internationale Gemeinschaft steht.

Die Schuldenkrise in Europa ist für die Weltwirtschaft und die globalen Finanzmärkte die derzeit größte Gefahr.

Die Europäische Union steht dabei vor ihrer größten Bewährungsprobe, die über die Existenz nicht nur des Euro, sondern der ganzen Europäischen Union entscheidet.

Zudem wird die globale Sicherheitsarchitektur durch politische Konflikte gefährdet - und diese konzentrieren sich vor allem auf den Nahen und Mittleren Osten:

Die Auseinandersetzungen um das iranische Nuklearprogramm, der ungelöste Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern, die Situation in Afghanistan und nicht zuletzt die Folgen des arabischen Frühlings.

Diese Entwicklungen können den Frieden und die Stabilität in den jeweiligen Ländern bedrohen. Die Auswirkungen sind aber nicht auf die Region begrenzt, sondern sie betreffen Europa ebenso wie Asien.

Was kann die Antwort sein?

**Sie liegt nach meiner festen
Überzeugung in verstärkter
internationaler Kooperation.**

**Wir brauchen ein starkes und effektives
multilaterales System – das auf die
Stärke des Rechts und nicht auf das
Recht des Stärkeren setzt.**

Meine Damen und Herren,

**Vietnam und Deutschland gehören
traditionell zu den Ländern, die sich für
eine solche stärkere internationale
Kooperation einsetzen.**

**Das Verhältnis zwischen Deutschland
und Vietnam ist exzellent. Und ich darf
mit Blick auf die Gastgeber hinzufügen:**

**Mein Eindruck ist, dass dies ebenso für
die Beziehungen zwischen Vietnam und
der Schweiz gilt.**

Im letzten Jahr feierten wir das 35-jährige Bestehen der deutsch-vietnamesischen Beziehungen.

Seit dem Jahr 1975 haben wir die Zusammenarbeit in allen Bereichen kontinuierlich ausgebaut – in Politik, Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft.

Auch im rechtlichen Bereich gibt es eine enge Zusammenarbeit. Der damalige Außenminister Steinmeier hat im Jahr 2008 einen Rechtsstaatsdialog initiiert, der auch den unternehmerischen Bereich umfasst.

Das ist eine wichtige Initiative, denn wir wissen alle, dass verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen eine Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung eines jeden Landes sind.

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern ist auch in Zukunft gesichert. Denn mit keinem anderen Land in Südostasien ist Deutschland so eng verwoben wie mit Vietnam.

Mehr als 100.000 Vietnamesen haben in Deutschland gelebt und sind in ihre Heimat zurückgekehrt.

Und in Deutschland leben rund 100.000 vietnamesisch-stämmige Menschen, die viel zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung meines Landes beitragen.

Zudem ist Deutschland für Vietnam der größte Handelspartner innerhalb der Europäischen Union.

Der Handel zwischen unseren beiden Ländern ist – nach der Überwindung der globalen Wirtschaftskrise - im vergangenen Jahr wieder deutlich angestiegen.

Das bilaterale Handelsvolumen ist auf fast 6 Milliarden US-Dollar angewachsen.

Eine besondere Bedeutung in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen wird ein Infrastrukturprojekt haben:

Am Bau einer U-Bahn in Ho-Chi-Minh-Stadt bieten sich deutsche Unternehmen mit ihrem Know-How an. Ein Projekt, für das ich mich noch in meiner Amtszeit eingesetzt habe.

Zudem haben unsere beiden Länder die entwicklungspolitische Zusammenarbeit auf die zukunftsorientierten Bereiche Gesundheit und Umwelt, auf berufliche Bildung und auf nachhaltiges Wachstum konzentriert.

Auch im Kulturbereich und im Bildungswesen besteht ein großes Potenzial an Kooperationsmöglichkeiten. Die Vietnamisch-Deutsche Universität, die ich heute Vormittag besucht habe, ist ein beeindruckendes Beispiel dafür.

Meine Damen und Herren,

seit dem Ende meiner Amtszeit reise ich jedes Jahr nach Vietnam. Und ich bin von der Entwicklung des Landes bei jedem meiner Besuche immer wieder aufs Neue beeindruckt.

Vietnam hat die besten Voraussetzungen, um in der Region, aber auch darüber hinaus eine wichtige politische und wirtschaftliche Rolle zu übernehmen:

Mit einer jungen und fleißigen Bevölkerung, einem investitionsfreundlichen Umfeld, einem ansteigenden Lebensstandard und mit hoher politischer und sozialer Stabilität.

Wir in Deutschland und Europa sehen diese Entwicklung, die in den vergangenen 25 Jahren als Folge einer mutigen Reformpolitik eingetreten ist, mit großem Respekt.

Die Reformpolitik, die Vietnam in den vergangenen Jahren betrieben hat, ist auch die beste Voraussetzung, um in der globalisierten Wirtschaft bestehen zu können.

Noch ist Vietnam kein voll entwickeltes Land. Aber es hat sich zu einem aufstrebenden, zunehmend industrialisierten Land entwickelt, das in Asien führend ist.

Ich bin sicher, es wird in einigen Jahren auch international vollkommen wettbewerbsfähig sein. Und das gilt es auch vor dem Hintergrund der internationalen Finanzkrise zu betonen.

Vietnam hat die Wirtschaftskrise von 2009 besser als andere Länder gemeistert. Das Land ist nicht von den gewaltigen Auswirkungen verschont geblieben.

Aber die Regierung hat richtig reagiert, auch mit dem Wissen, welche leidvollen Konsequenzen die Asienkrise von 1997 und 1998 hatte.

Es wurde ein großes Konjunkturpaket mit großem Erfolg beschlossen: mit rund 7 Prozent Wachstum im vergangenen Jahr hat Vietnam die Krise mehr als gut überstanden.

Meine Damen und Herren,

solche Konjunkturprogramme gab es auch in den USA, China und Europa. Aber nur weil sie international koordiniert waren, konnten sie zu einer globalen Konjunkturerholung führen.

Denn auf Grund der hohen internationalen Verflechtung wäre kein Land in der Lage gewesen, sich gegen die Folgen der globalen Rezession abzuschotten.

Umgekehrt gilt aber auch, dass nationale und regionale Probleme schnell zu Folgen für die ganze Welt führen können.

Wir sehen dies bei der globalen Finanzkrise, die im Jahr 2008 in den USA begonnen hat. Sie traf zunächst die Finanzinstitute, dann die Realwirtschaft mit einer globalen Rezession und nun in einer dritten Stufe die hoch verschuldeten, nicht wettbewerbsfähigen Staaten.

Das ist in erster Linie ein Problem des Westens, der USA und der Europäischen Union.

Aber es wird negative Auswirkungen auf andere Weltregionen haben, wenn Europa seine Probleme nicht in den Griff bekommt.

Ich bin optimistisch: Europa wird seine Währungskrise überwinden. Das wird jedoch kein Prozess von wenigen Wochen und Monaten sein, sondern von Jahren. Und Europa wird dabei Unterstützung brauchen, auch von Asien.

Bei der Überwindung der europäischen Währungskrise können die asiatischen Staaten hilfreich sein. Zum Beispiel durch den Kauf von Anleihen europäischer Staaten und Anleihen der European Financial Stability Facility.

Dieses Handeln liegt im Interesse Asiens, denn eine Rezession in Europa hätte auch hierzulande negative Folgen.

Meine Damen und Herren,

**die in der Euro-Zone gefassten
Beschlüsse sind eine Grundlage, um die
Krise einzudämmen.**

**Wir brauchen eine Lösung für den
Einzelfall Griechenland. Hierzu ist eine
Entschuldung mit einem Verzicht der
Gläubiger der richtige Weg. Zudem muss
es in Griechenland einen nationalen
Konsens geben, die notwendigen
Strukturreformen umzusetzen.**

**Wir brauchen eine „Firewall“, um die
Ansteckung weiterer Länder, deren
Verschuldung kritisch ist, zu verhindern.
Hierzu dient die Ausweitung der
European Financial Stability Facility.**

Und wir brauchen eine koordinierte Finanz- und Wirtschaftspolitik für die Länder der Eurozone. Hierzu sind erste Schritte mit der Einrichtung einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung getan.

Darüber hinaus sollte die Europäische Zentralbank ihr Mandat offensiv nutzen. Sie ist die einzige Institution in Europa, die in der Lage ist, auf krisenhafte Situationen schnell zu reagieren. Die EZB sollte daher ankündigen, dass sie von ihrem Mandat unbegrenzt Gebrauch machen wird, Anleihen von Euro-Ländern aufzukaufen. Dies wäre ein klares Signal an die Märkte

Das sind die kurzfristigen Maßnahmen, die einer Eindämmung der Krise dienen.

Darüber hinaus muss sich die Europäische Union aber auch politisch weiterentwickeln – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

Auf nationaler Ebene müssen sich die EU-Mitgliedsstaaten Reformprogrammen unterziehen, um Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen und Haushaltsdisziplin zu zeigen.

Das trifft insbesondere auf Griechenland, Spanien, Portugal, aber auch Frankreich und Italien zu.

Deutschland hat diesen Reformprozess bereits hinter sich. Im Jahr 2003 habe ich als Bundeskanzler diese Reformen angestoßen und durchgesetzt.

Mit der Agenda 2010 haben wir in Deutschland die Sozialsysteme modernisiert und zugleich mehr in Bildung und Innovation investiert.

Auch deswegen ist Deutschland heute hoch wettbewerbsfähig und von allen europäischen Staaten wirtschaftlich und finanziell am besten aufgestellt.

Vor allem aber muss Europa sich zu einer echten Föderation weiterentwickeln. Eine Föderation, die Souveränitätsrechte von den Nationalstaaten übertragen bekommt.

Diese politische Union ist auch die Grundlage dafür, dass die europäische Währungsunion langfristig stabil bleibt. Denn eine Währungsunion kann nur funktionieren, wenn es als Basis eine politische Union gibt.

Ein solcher Reform- und Integrationsprozess ermöglicht dann auch die Einführung von Euro-Staatsanleihen, den sogenannten Eurobonds.

Ich halte dieses gemeinschaftliche Finanzierungsinstrument mit gesamtschuldnerischer Haftung der Europäischen Union für den richtigen Schritt, um die Krise langfristig zu überwinden.

Meine Damen und Herren,

die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat drastisch deutlich werden lassen, dass Europas Einfluss kleiner geworden ist – und droht, weiter abzunehmen.

Es liegt an Europa selbst, ein Faktor in der globalen Politik zu werden. Das gelingt nur, wenn Europa zu einer wirklichen politischen Union wird.

Auf der anderen Seite sehen wir die Gewinner dieser Entwicklung. Die Bedeutung der aufstrebenden Staaten, vor allem in Asien, wächst.

In dieser neuen globalen Ordnung brauchen wir einen verlässlichen Rahmen für Zusammenarbeit, der trotz aller Interessensgegensätze globale Regierbarkeit gewährleistet.

Das betrifft auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Notwendigkeit nämlich, in einer sich rasant verändernden globalen Wirtschaft zu verbindlichen Absprachen und Regeln zu kommen.

Welthandel und Wettbewerb sollen sich frei entfalten können. Zugleich muss aber sichergestellt sein, dass die Chancen der Globalisierung nicht zu neuen Ungerechtigkeiten führen.

Eine besondere Bedeutung haben dabei die G20. Ich begrüße es ausdrücklich, dass die G20 de facto an die Stelle der G8 gerückt sind, wenn es um Fragen der Stabilität der Weltwirtschaft geht.

Denn das Format der G8 hat sich in Zeiten der Globalisierung und des Aufstieges der BRIC-Staaten überholt.

Entscheidungen, die Auswirkungen auf die globale Konjunktur, aber insbesondere auf die globalen Finanzmärkte haben, können nicht mehr ohne die Einbindung der BRIC-Staaten erfolgen.

Im Gegenteil: Für die Zukunft brauchen wir mehr denn je diese Länder.

Wir müssen ein für allemal erkennen, dass in der heutigen eng vernetzten globalen Wirtschaft kein Staat alleine, auch kein Staatenblock, in der Lage ist, Instabilitäten zu verhindern; auch nicht in der Lage ist, sich gegen Instabilitäten zu immunisieren.

Es gibt zu einer engeren Zusammenarbeit auf internationaler Ebene also keine Alternative.

Daher müssen die G20-Staaten - gerade in einem kritischen Moment der Weltkonjunktur – protektionistischen Versuchungen widerstehen.

Die G-20 müssen verstärkt für einen offenen Handel und für einen Erfolg der Doha-Welthandelsrunde eintreten.

Sie müssen neue Schritte beschließen, damit Entwicklungsländer besser als bisher vom offenen Handel profitieren können.

Der Abschluss der Doha-Runde würde auch der Weltwirtschaft einen neuen Impuls geben, da das Welthandelsvolumen ansteigen würde.

Davon würden größtenteils die Entwicklungsländer profitieren. Das ist notwendig, da wir darauf hinwirken müssen, alle Länder in die globalen Wirtschaftsbeziehungen einzubinden.

Wir müssen verhindern, dass die Welt in Globalisierungs-Gewinner und Globalisierungs-Verlierer zerfällt.

Weil freier Handel nachweisbar die Wohlstandschancen erhöht, müssen gerade ärmere Länder Zugang zu den Märkten haben. Sie dürfen nicht mit Strafzöllen oder Schutzbestimmungen ferngehalten werden.

Deshalb brauchen wir einen erweiterten Marktzugang für Produkte aus Entwicklungsländern und den Abbau handelsverzerrender Subventionen.

Meine Damen und Herren,

die Wirtschaftskrise von 2009 und die Folgen, die wir jetzt vor allem in Europa spüren, haben deutlich gemacht, dass wir nur gemeinsam die großen internationalen Herausforderungen meistern können.

Vietnam ist dabei für Europa – ebenso für Deutschland und für die Schweiz – ein sehr wichtiger Partner.

Wir wollen daher in den nächsten Jahren die Beziehungen zwischen Europa und Vietnam weiter vertiefen. Dies betrifft alle Bereiche: Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Zivilgesellschaft.

Ich bin zuversichtlich, dass wir durch eine enge Zusammenarbeit die großen internationalen Herausforderungen meistern werden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.